



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 1711

Fernsprecher 21891-33

Fernschreiber 0886890

P/KI/284 - 10. Dezember 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

Die Revolution in Ungarn geht weiter	S. 1
Unübersehbare Wirtschaftsfolgen des Ägyptischen Abenteuers	S. 3
Somulke und die katholische Kirche	S. 5
Im Schatten des Wahlkampfes	S. 6

"Arbeiterräte"

sp. Am Sonntag, dem 24. November schlug die russische Truppe in Ungarn zu und sorgte dafür, dass der offene Freiheitskampf auf einen passiven Widerstand und Partisanenkämpfe zurückgeführt wurde. Am gestrigen Sonntag nun, genau fünf Wochen später, hat die noch unhörige Regierung Kadar über das ganze Land das Streikrecht verhängt, als Antwort auf eine Generalstreiksankündigung des Zentralen Arbeiterrates. Dieser Streik sollte in der Nacht zum Mittwoch beginnen.

Die ungarische Revolution geht also weiter. Es ist gerade in ihrer letzten Phase besonders deutlich geworden, wie sehr in ihr der Einfluss der Arbeiterräte bestimmend gewesen und geliebt ist. Der Kampf der Arbeiterräte gegen das Diktaturregime Kadar war und ist der Kernstück des ungarischen Freiheitskampfes und Widerstandes gegen Kechau. Auch das beweist, dass die These von den "konterrevolutionären" Charakter der Freiheitsbewegung unrichtig ist. Aber die meuternde Arbeiterschaft ist, daran gibt es keinen Zweifel, antistalinistisch. Sie will sich am Beispiel ihrer jugoslawischen und polnischen Arbeitskollegen ausrichten und sich, so wie es diese getan haben, Selbständigkeitsrechte gegenüber der staatlichen Funktionärschicht der Unternehmer sichern. In beiden Ländern bestehen heute - in Jugoslawien seit längerem, in Polen erst seit kurzer Zeit, soweit sie dort nicht überhaupt erst im Entstehen begriffen sind - betriebliche Selbstverwaltungsorgane, die von der Belegschaftsversammlung in geheimer Wahl gewählt werden, die mit über den Betriebsplan und über die Produktion des Werkes bestimmen und manches andere Recht haben. Dabei bei aller grundsätzlichen strukturellen Übereinstimmung auch viele Unterschiede in zum Teil wichtiger Einzelheiten bestehen.

Derartige Rechte aber werden den Arbeiterräten in Ungarn verweigert. In der Tat bildet die Frage, wieweit solche Körperschaften mit wirksamen und nicht nur formalen Rechten ausgestattet werden, das entscheidende Kriterium für ihren Wert und die Entfernung des betreffenden Landes vom Stalinismus überhaupt.

Das gilt vor allem auch für die sowjetische Besatzungszone. Am-

vergangenen Wochenende hat man, offenbar unter dem Druck der Entwicklung in anderen Staaten, in Ostberlin wieder einmal über die Einrichtung von "Arbeiterkomitees" beraten und Ulbricht hat dafür sehr bezeichnende Richtlinien entworfen. Das ist an sich kein neuer Vorgang. Bereits Mitte März beriet das Zentralkomitee der SED auch über diese Frage. Erst acht Tage danach erschien in "Neuen Deutschland" ein Bericht darüber. Er enthielt manche interessante Feststellung, unter anderem die von der Notwendigkeit, "in den volkseigenen Werken Organe zu schaffen, deren wichtigste Aufgabe es sein sollte, die Fragen der Produktion mit den Interessen der Betriebszugehörigen in Einklang zu bringen." Aber in ihrem Inhalt wichen die Vorstellungen von diesen Organen entscheidend vom Bild der Arbeiterräte in Jugoslawien und Polen ab. Das schon mit der Zusammensetzung beginnt. Anstelle der freien Wahlen soll die Aufstellung der Kandidatenliste in der SBZ durch den "gewerkschaftlichen Vertrauensmännerkörper" im Betrieb erfolgen - also der straff organisierten politischen Betriebsüberwachung selbst. Und schon Anfang November hatte Ulbricht erklärt, um keine Illusionen aufkommen zu lassen: "Wir möchten aber ausdrücklich betonen, dass unser Vorschlag mit einer sogenannten 'Autonomie' oder 'Selbstverwaltung der Betriebe' nichts zu tun hat. In einem hochindustriellen Land wie der DDR würden solche Selbstverwaltungsexperimente nur zu einem Durcheinander in der Produktion führen" - als ob dies nicht heute schon in unwahrscheinlicher Vollkommenheit vorhanden ist.

Auf dieser Linie bewegten sich auch die Erklärungen auf der Tagung am letzten Wochenende. Danach sollen den Arbeiterkomitees Beschlüsse nur in nebensächlichen Fragen zustehen, wie der Prämienverteilung und bei der innerbetrieblichen Ordnung. In allen anderen, wichtigeren, werden sie "Stellung nehmen" dürfen. Besonders gut beleuchtete eine Wendung Ulbrichts den wahren Zweck: Die Arbeiter sollten "das Gefühl haben", dass sie mitverantwortlich seien ... Immerhin ist sehr bezeichnend, dass nun auch das ZK der SED Massnahmen, wenn auch völlig unzureichende, auf diesem Gebiet vorschlägt, weil man sich dem Trend auf die Dauer nicht entziehen kann. Man hat begriffen, was, nach Jugoslawien, sich jetzt in Polen und Ungarn, wenn auch unter ganz verschiedenen Begleitumständen, entwickelt. Daher der Versuch, den Gegnern Wind aus den Segeln zu nehmen.

Mit grosser Sorge sieht man den nächsten Stunden und Tagen entgegen, da man in den vergangenen Wochen genug Gelegenheit hatte, gleichermassen die Hartnäckigkeit des ungarischen Freiheitswillens, wie die Brutalität seiner Unterdrücker kennenzulernen. Standrecht gegen Generalstreik zur Durchsetzung einer Reihe von Mindestforderungen nach einer grösseren Freiheit des einzelnen - das ist eine unheil- schwangere Situation. Hoffentlich gelingt es den massigenden Einfluss der UN, in letzter Stunde das Schlimmste zu vermeiden.

Eine Fülle peinlicher Fragen

- Bericht aus USA -

O.L., New York, Mitte Dezember

Die unmittelbare Kriegsgefahr im Nahen Osten ist gewichen. Nun aber drängen sich die wirtschaftlichen Konsequenzen in den Vordergrund. Zunächst ist das Trümmersfeld unübersehbar - unübersehbarer als die Hindernisse, die für Monate den Verkehr durch den Suez-Kanal lahmlegen dürften. Es gibt kaum einen Teil der Welt, der nicht in Mitleidenschaft gezogen wäre und je genauer man den wirtschaftlichen Schaden und die Strukturveränderung der Weltwirtschaft auf weitere Sicht studiert, desto bedeutsamer und schwerer wiegen die Folgen.

Neue Energiequellen für Europa ?

So ist in den letzten Tagen von verschiedenen Seiten festgestellt worden, dass sich niemand mehr in Europa auf das ungestörte Funktionieren des Suez-Kanals verlassen wird, zumindest nicht was die Energie- und Brennstoffversorgung^{es} belangt und dass schon aus diesem Grund mit beschleunigten Bemühungen zu rechnen ist, in Europa die Atomenergie nutzbar zu machen, um auf das Erdöl aus dem Nahen Osten verzichten zu können. Dazu aber die Ergänzungsfrage: Was wird aus den an sich wirtschaftlich schwachen Ländern im Nahen Osten, wenn sie auf ihre Einnahmen aus den Ölquellen und Rohleitungen verzichten müssen?

Wer deckt Europas Mehrkosten?

Für Europa ist selbstverständlich die Frage die wichtigste, wie schnellstens Erdöl, Heizöl und vor allem Benzin nach Europa geliefert werden können. Die Entscheidung der amerikanischen Regierung, dass die USA-Erdölgesellschaften diese Transporte nun aufnehmen dürfen, bringt für den Augenblick grosse Erleichterung. Man darf erwarten, dass der Benzinmangel in Europa wenigstens zum grossen Teil beseitigt werden wird, wenn das amerikanische Erdöl in den von 13 amerikanischen Erdölgesellschaften herbeigeschafften Tankern nach Europa befördert werden wird. Inzwischen wird auch ein Teil des Nah-Ost-Erdöls auf Tankern um das Kap der Guten Hoffnung herum nach Europa gebracht werden. Zumindest in dieser Beziehung sind also die schwersten Sorgen behoben. Das weitere Problem ist dies: Wer bezahlt die Mehrkosten - und wer bezahlt das Erdöl und das Benzin aus USA in Dollars? Das sind zwei Probleme, die auch in USA gesondert betrachtet werden.

Zuerst die Mehrkosten, die durch die weiteren Transporte und durch die Notwendigkeit, teureres Öl aufzukaufen, entstehen: Es gibt bereits Berechnungen die sagen, dass bevor wieder halbwegs normale Verhältnisse in der Erdölversorgung der Welt und insbesondere Europas entstehen, Mehrkosten von 500 bis 1000 Millionen Dollars entstehen werden. Wer wird diese Mehrkosten tragen? "Wall Street Journal", das die amerikanischen Finanz- und Geschäftswelt mit den Tatsachen des Wirtschaftslebens rücksichtslos zu konfrontieren sucht, erklärt unumwunden, dass es kaum eine andere Aussicht gibt als dass "Uncle Sam" - wie der Amerikaner seine Regierung oft nennt - die Mehr-Rechnung bezahlen wird. Der Budgetdirektor der Regierung in Washington, Brundage, hat in den

ersten Dezembertagen erklärt, dass das neue Budget für 1957/58 bereits die Spuren der Mehrkosten der Nah-Ost-Krise zeigen wird. Es ist selbstverständlich eine Frage der allgemeinen Regierungspolitik und der Entscheidungen des Präsidenten und, nicht zuletzt, des Kongresses über das neue Budget, ob und wieviele dieser Mehrkosten von den Vereinigten Staaten getragen werden sollen.

Die andere Frage bezieht sich auf die grossen Verschiebungen, die in den Handelsbeziehungen und in der Währungswirtschaft der Welt nun eintreten. Das amerikanische Erdöl muss in Dollar bezahlt werden. Wo sind die zusätzlichen Dollars - und wie können sie verdient werden?

Wieder Dollarlücke ?

Die Dollar-Bilanz der Welt, die Jahre hindurch so grosses Kopfzerbrechen verursachte, und die in den letzten Jahren zumindest vorübergehend ausgeglichen, in manchen Ländern sogar aktiv war, ist nun dadurch erschüttert, dass erstens Waren, die bisher nicht in Dollars bezahlt werden mussten, wie das Öl aus dem Nahen Osten, nun in Dollars beglichen werden müssen - zweitens zu einem hohen Preis.

Die zweite Konsequenz ist eine Einschränkung der übrigen Warenbezüge aus den Vereinigten Staaten. Wenn soviel Erdöl in Dollars bezahlt werden muss, werden andere Bestellungen europäischer Länder in USA eingeschränkt. Ende November tagte in New York der "National Foreign Trade Council", der Nationale Rat für Aussenhandel. Fast alle Fachleute rechneten mit geringeren Exportmöglichkeiten, besonders von Maschinen und Fertigwaren. Pläne, die auf beträchtlichen Exportsteigerungen für 1957 aufgebaut waren, wurden rasch revidiert. Ein kennzeichnendes und bereits nicht mehr ungewöhnliches Beispiel: Eine grosse Werkzeugmaschinen-Fabrik im Mittelwesten bereitete den Transport von Maschinen im Werte von einer halben Million Dollars für die Neuerrichtung einer Automobilfabrik in Italien vor. Ein Kabel machte die Bestellung rückgängig - nach dem Beginn der Suez-Krise.

Werden die Europäer, die mehr Dollars benötigen, in der Lage sein, mehr Dollars zu verdienen - durch Exporte in die Vereinigten Staaten? Auch diese Frage ist bereits erörtert worden. Auf der erwähnten Tagung der Aussenhandelsinteressenten gab Handelsminister Weeks - sonst kein warmer Freund von Erleichterungen von Importen nach USA - den Rat, dass Unternehmungen im Ausland, die nach USA exportieren wollen, sich lieber nach neuen Waren umsehen sollten, anstatt durch Konkurrenz mit amerikanischen Erzeugern gesteigerten Absatz zu suchen. Das ist zwar ein guter Rat, aber nicht leicht zu befolgen. Immerhin, die Frage nicht nur der Einschränkungen von Warenbezügen aus USA, sondern auch gesteigerten Verkäufen in USA gehört in Europa zu den unmittelbaren Folgen der Krise - weit drüben in Asien.

Kann es auch möglich sein sollte, die beträchtlichen Risse im NATO-Gefüge politisch und diplomatisch zu überkleistern, die wirtschaftliche Veränderung, die im Gefolge der Suez- und der anderen Nah-Ost-Krisen unvermeidlich sind, sind viel zu ernste Tatsachen, als dass sie auf die leichte Schulter genommen werden könnten. Es wird geraumer Zeit bedürfen, bevor der notdürftige Wirtschaftsausgleich, der nach dem Zweiten Weltkrieg erreicht wurde, wiederhergestellt werden wird. Und danach wird es nicht mehr dieselbe Wirtschaftswelt sein, wie vor dem 29. Oktober 1956.

"Konkordat" in Polen ?

sp. Die Ankündigung, dass es in Polen zwischen der kommunistischen Regierung Gomulkas und dem polnischen Episkopat zu einer offiziellen Toleranzvereinbarung gekommen ist, wird in der katholischen Welt einige sehr heikle Fragen aufwerfen. Der Vatikan hat sich bis heute in Schweigen gehüllt, voraus geschossen werden darf, dass man in Rom zunächst die offiziellen Vertragstexte, die nach Presseverlautbarungen aus Warschau die Grundlage der Verständigung von Staat und Kirche bilden sollen, zur Kenntnis nehmen will.

Unabhängig davon wird aber die Praktizierung des in Polen zwischen Kirche und Staat getroffenen Übereinkommens zu einer Situation führen, wie sie in Deutschland zur Zeit des Konkordats zwischen Hitler und dem Vatikan bestanden hat. Die katholische Kirche hat - von einigen Ausnahmen abgesehen - den Nationalsozialismus mit seinem Totalitätsanspruch auch auf den christgläubigen Menschen als Irrlehre betrachtet. Trotzdem suchte sich dieselbe katholische Kirche im totalen Staat Hitlers einen Lebensraum zu erhalten, der es dem Gläubigen gestattete, relativ ungefährdet seinen Glauben zu bekennen und nach ihm zu leben. Die katholische Kirche bezeichnet selbstverständlich auch den Kommunismus als Irrglauben. In allen kommunistischen Staaten hat sie bisher peinlichst vermieden, auch nur einen kleinen Schritt zu tun, der einen Katholiken zu der Vermutung veranlassen könnte, es gäbe so etwas ähnliches wie eine Koexistenz zwischen katholischer Kirche und Kommunismus, oder gar eine Aussöhnung.

Gomulka hat nun diesen, die katholische Kirche und den Kommunismus trennenden Graben übersprungen. Die zwischen dem von ihm geführten kommunistischen Polen und der katholischen Kirche in Polen jetzt veröffentlichten Vereinbarungen können ohne Zweifel viele Katholiken zu der Meinung veranlassen, es sei doch eine Aussöhnung in einer irgendwie gearbeteten Form mit dem Kommunismus möglich. Denn, dass Gomulka Kommunist geblieben ist, hat er in den letzten Wochen selbst oft genug gesagt. Er will auch, dass Polen ein kommunistischer Staat bleibt, ein Staat, in dem die "Arbeiter- und Bauernmacht" gesichert ist und der seine engen staatspolitischen und ideologischen Beziehungen zur Sowjetunion aufrechterhalten will.

Man darf also auf die weitere Entwicklung gespannt sein. Wenn der Vatikan in Schweigen verharrt, könnte das in Polen zwischen Staat und Kirche nach langen Verhandlungen erzielte Abkommen der Start zu einer alle bisherigen Vorstellungen über das Verhältnis von katholischer Kirche zum Kommunismus revidierenden Entwicklungen sein. + + + - 6 -

Öffentlich: Wieder Steuerwahlrecht für Ehefrauen

F.B. Je näher die Bundestagswahlen heranrücken, desto mehr alte Bekannte wird man wieder treffen. Mit anderen Worten, man wird es im Deutschen Bundestag in den nächsten Monaten häufig erleben, dass Anträge, die die SPD stellte und die allein deshalb abgelehnt worden sind, von anderen Parteien, die sie damals mit ablehnten, jetzt als eigene Initiative eingebracht werden.

Ein geradezu klassisches Beispiel dafür ist der Wegfall des Wahlrechts bei der Besteuerung von berufstätigen Ehefrauen. (§ 26 des Einkommensteuergesetzes). Bis zum Oktober 1956 bestanden, wenn die arbeitende Ehefrau Einkünfte aus selbständiger oder nicht selbständiger Tätigkeit hatte, bei der Besteuerung dieses Einkommens mehrere Wahlmöglichkeiten. Die interessanteste für die arbeitende Ehefrau war natürlich die, dass man beantragen konnte, nicht die Einkünfte des Ehemannes nach dem Familienstand besteuern zu lassen, sondern die der Ehefrau, während der Mann dadurch automatisch in die Steuerklasse I kam. Dieses Wahlrecht wirkte sich dann finanziell günstig aus, wenn die Ehefrau ein höheres Einkommen als der Ehemann hatte. Durch das Änderungsgesetz vom 5. 10. 1956 ist diese Wahlmöglichkeit in Fortfall gekommen. Die Folge ist, dass viele arbeitende Ehefrauen erheblich benachteiligt worden sind. Um das an einem Beispiel zu erläutern:

Ein Ehemann kann nach einem schweren Berufsunfall nur noch Aushilfsarbeit verrichten. Hinzu kommt, dass seine Fabrik wegen Arbeitsmangel Kurzarbeit leistet, so dass sein monatliches Bruttoeinkommen nur noch DM 265,-- beträgt. Die Ehefrau hingegen hat sich eine gute Position erarbeitet können und verdient monatlich DM 540,--. Nach der alten Regelung würde diese Ehefrau in der Steuerklasse III/2 nur DM 16,75 Steuer bezahlen müssen, ihr Mann in der Steuerklasse I DM 13,25 so dass diese Familie also insgesamt DM 30,-- an Steuer abzuführen hätte.

Da das Wahlrecht in Fortfall gekommen ist, muss die Ehefrau DM 67,-- an Lohn- und Kirchensteuer zahlen, während ihr Mann steuerfrei bleibt. Trotzdem verschlechtert sich aber diese Familie um DM 37,-- monatlich.

Die SPD hatte 1956 leidenschaftlich für die Erhaltung des steuerlichen Wahlrechts gekämpft. Demals haben jedoch alle Koalitionsparteien das Vorhaben der Bundesregierung unterstützt, so dass die SPD sich nicht durchsetzen konnte.

Da man jetzt zwar auch langsam Rücksicht auf die Stimmen der mitarbeitenden Ehefrauen nehmen muss, können die alten Bekannten im neuen Gewande wieder. Die DF hat den Reigen eröffnet und einen Antrag eingebracht. Selbst die CDU blieb nicht faul und hat zumindest bisher durch ihre Frauenausschüsse der Bundestagsfraktion den Ratschlag erteilt, einen entsprechenden Antrag einzubringen.

Die SPD wird sicherlich diese neue Bundesgenossenschaft in dieser Frage annehmen, wenngleich die moralischen Motive bei den Koalitionsparteien nicht gerade die besten sind. Sie wird ihre eigenen Anträge einbringen, die man vor Jahresfrist niedergestimmt hat und sie wird sich freuen, wenn die Koalitionsparteien sie heute unterstützen.

+ + +